

*Der 1. September als gewerkschaftlicher Antikriegstag wurde erstmalig 1957 begangen, vor dem Hintergrund einer damals von der Bundesregierung geplanten atomaren Aufrüstung für die Bundeswehr und der im Jahr zuvor erfolgten Einführung der Wehrpflicht. Aufgerufen hatte damals bereits der DGB gemeinsam mit Friedensgruppen.*



**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Frankfurt und Region sagen deshalb zum 1.9.2025:**

**„Nein!“ zur Verschwendung von Milliarden für die Rüstung**

**„Nein!“ zur Militarisierung unserer Gesellschaft**

**„Nein!“ zur Vorbereitung von Krieg und Zerstörung**

5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP = Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen) will die Bundesregierung zukünftig für Rüstung und militärische Infrastruktur ausgeben. Das entspricht etwa der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Jeder Mensch mit klarem Verstand erkennt: Das ist ohne massive Einschnitte in die Sozialsysteme und weitere Belastungen der Beschäftigten nicht finanzierbar. Diese Einschnitte finden bereits statt.

Bundeszuschüsse, die der Kranken- und Pflegeversicherung von Rechts wegen zustehen, werden nur noch als Kredite gewährt. Das wird bereits in Kürze zu Beitragsanhebungen führen. Die notwendigen Beitragsjahre für einen vollständigen Rentenbezug sollen von 45 auf 47 Jahre angehoben werden. Das bedeutet Rentenkürzungen für einen Großteil der Beschäftigten. Das spart den Rentenversicherungen und indirekt auch dem Bundeshaushalt Milliarden.

Weiter steigende CO<sub>2</sub>-Bepreisung spült weitere Milliarden in den Bundeshaushalt. Das zur Kompensation der Kosten für die Bürger versprochene Klimageld steht jedoch nicht mehr auf der Tagesordnung. Auch die versprochene Steuerreform zur Entlastung mittlerer Einkommen von durch Inflation und Steuerprogression gestiegener Steuerbelastungen ist abgesagt. Schon die vergangenen Tarifvereinbarungen standen unter dem Druck leerer Kassen bei Bund, Land und Gemeinden. Die Folge: Weitere Reallohnverluste und weiterer Stellenabbau.

Dabei hat die Regierung den vollen Umfang der Belastungen, die auf uns zukommen werden, durch die Kreditfinanzierung der Mega-Aufrüstung, geschickt verschleiert. Allein die Zinsbelastungen für die neuen Kre-

dite werden in den nächsten Jahren in gigantische Höhen steigen. Nach aktuellen Planungen ist sogar eine spätere Tilgung der Schulden vorgesehen. Regierungsvertreter, Unternehmerverbände und Rüstungslobbyisten bereiten uns bereits darauf vor, welche sozialen Grausamkeiten auf die Beschäftigten zukommen: Erhöhung des Renteneintrittsalters und Absenkung des Rentenniveaus nach einer Schonfrist bis 2029. Aufhebung der täglichen Höchstarbeitszeit zugunsten einer wöchentlichen. Erhöhung der Wochenarbeitszeit. Streichung von Feiertagen. Einschränkungen im Streikrecht. Einschränkungen bei der von den gesetzlichen Krankenkassen zu finanzierenden Gesundheitsversorgung – um hier nur einiges zu nennen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Aufhebung der Schuldenbremse und das Aufnehmen großer Kredite durch den Staat ist und war dringend erforderlich. Aber nicht für diese unsinnige und gefährliche Hochrüstung. Die Gelder wären dringend erforderlich, um die durch Jahrzehnte neoliberaler Kürzungspolitik kapputtgesparte Infrastruktur, um Bildung, Verkehr und Gesundheitsversorgung wieder auf Vordermann zu bringen und unsere Wirtschaft und Gesellschaft endlich zukunftsfest und nachhaltig aufzustellen.

„Kriegstüchtig“ soll nach Willen der Regierung nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Gesellschaft werden. Das erschöpft sich nicht in militaristischer Agitation in Presse und aus Politikermund, in Tarnfleckens- und Waffenwerbung im öffentlichen Raum, neu eingeführten Veteranentagen u.ä.. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht wird die Jugend auf Töten, sich töten lassen und bedingungslosen Gehorsam gedrillt.

Es gibt auch umfangreiche Planungen für die sogenannte „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“. Die Rekrutierer der Armee sollen ungehinderten Zugang zu unseren Kindern in der Schule erhalten, Zivilklauseln der Universitäten, die eine militärische Forschung einschränken, sollen geschleift werden, Krankenhäuser werden zu Lasten der Versorgung der Zivilbevölkerung für die Versorgung einer großen Zahl von Kriegsverwundeten umgerüstet, Katastrophenschutz, Feuerwehren, Polizei werden in Vorbereitung auf den Kriegsfall in militärische Kommandostrukturen eingebunden.

Mit dem schrittweisen Übergang in eine Kriegswirtschaft wird die Produktion von Gütern für den täglichen Bedarf der Menschen auf Rüstungsgüter umgestellt. Überall, wo das Militär eine mögliche Gefährdung der „Verteidigungsfähigkeit“ sieht, sollen Arbeitnehmerrechte, das Streikrecht und die betriebliche Mitbestimmung ausgesetzt werden. Selbst eine zwangsweise Arbeitsverpflichtung ist vorgesehen.

Schon jetzt birgt das Kriegsgeschehen in der Ukraine unberechenbare Eskalationsrisiken. Die Lieferungen immer weitreichender Waffensysteme an die Ukraine, die logistische Unterstützung des Westens u.a. mit Aufklärungsdaten und bei der Steuerung von Raketensystemen macht die NATO und ihre Mitgliedsstaaten aus der Sicht Russlands schon jetzt zum unmittelbaren Kriegsgegner. Angriffe der NATO-Staaten auf russische Schiffe in der Ostsee beispielsweise (Stichwort Schattenflotte) können den kalten Krieg zwischen Russland und der NATO jederzeit in einen heißen umschlagen lassen.

Bereits aktuell investiert die NATO jährlich etwa das zehnfache Russlands in die Rüstung. Selbst die europäischen NATO-Staaten allein geben aktuell nominell das dreifache, preisbereinigt etwa das 1 1/2-fache des kriegsführenden Russlands für das Militär aus. Die jetzt geplante nahezu Verdreifachung der Rüstungsausgaben im NATO-Europa drängen Russland in eine gefährliche Enge. Entweder müsste Russland in eine für beide Seiten letztlich ruinöse Rüstungsspirale einsteigen,

oder aber hinnehmen, dem Westen militärisch so weit unterlegen zu sein, dass es ggf. einen Überraschungsangriff hinnehmen müsste. Beides wird Russland nicht einfach so über sich ergehen lassen. Unabhängig von der Frage, ob unsere Herrschenden einen Angriffskrieg vorbereiten. Wer solchermaßen „kriegstüchtig“ werden will, erhöht die Gefahr eines Krieges gewaltig.

Statt Unsummen für Kriegsvorbereitungen auszugeben, brauchen wir eine Politik, die alles daran setzt, die Kriegsgefahr zu reduzieren sowie jedwede kriegerische Eskalation mittels diplomatischer Initiativen auf der Grundlage der Charta der UN zu unterbinden. Und ja, das beinhaltet auch den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete insbesondere den nahen und mittleren Osten, um die völkerrechtswidrigen und genozidalen Aggressionen Israels nicht noch weiter zu unterstützen.

Deshalb sagen wir:

### **Nein zum Krieg! Nein zur Kriegsvorbereitung! Schluss mit der sozialzerstörerischen Aufrüstung!**

*Wir rufen auf: Beteiligt Euch an den bundesweiten Demonstrationen „Gegen die Hochrüstung mit ihren unsozialen Konsequenzen. Gegen die Mittelstreckenwaffen. Gegen die innere Militarisierung. Gegen die Bedrohungslüge. Für die Beendigung aller Kriege – insbesondere in der Ukraine und im Mittleren Osten / Westasien.“ am 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart. Unterstützen wir die Widerstandskämpfe gegen die Kaputtsparpolitik in Bund, Ländern und Kommunen u. Landkreisen!*

Georg Benz, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG-Metall am 01. September 1964 in Frankfurt am Main:  
*„Die Vergangenheit hat uns gezeigt: Schon politische Indifferenz und blindes Vertrauen in die Verfügbaren über politische und wirtschaftliche Macht können Ursache von Kriegen sein. Die Jugend der IG-Metall ruft deshalb die Jugend in aller Welt auf:  
Nicht Atomwaffen – nicht Völkermorden, sondern Abrüstung und Völkerfrieden.  
Bekundet mit uns am 1. September eure Entschlossenheit, für eine Welt in Frieden und Freiheit einzustehen.“*

Unterzeichner: *Michael Altmann - ver.di - Bezirksvorstand Frankfurt und Region; Monika Bootz - ver.di; Britta Brandau - ver.di Co-Vorsitzende Bezirksfachbereichsvorstand FB C ri; Claudia Caglayan - Verdi; Manfred Comes - Verdi; Gert Christ; Félix Dufour; Sonja Ebel-Eisa; Daniela Ebert - GEW; Roland Fäth - Verdi / ehem. Betriebsrat; Peter Feldmann - Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a.D; Inge Fichter - ver.di; Jochen Friedrich; Udo Haarstark - GEW; Klaus L. Hartmann - GEW; Thomas Kasper - IGM; Jürgen Klausenitzer - GEW; Sigmar Kleinert - Ex-BR- Vorsitzender DZ BANK verdi; Inge Konradi - GEW AG Internationales; Martin Krämer - Gewerkschaftssekretär; Heinrich Krebs - ver.di - Fachgruppenvorstand Groß- und Außenhandel; Ruth Kries; Jürgen Lechner-Befard - Ver.di; Barbara Ottilie Ludwig; Bernd Ludwig; Páid McIntyre - IG Metall; Imke Meyer - ver.di; Siegfried Müller-Maige; Willi van Doyen - ver.di; Lothar Ott - Sen.Vertreter GEW Frankfurt; Paul-F. Pauly; Karl-Heinz Peil - ver.di-Mitglied; Sigrid Reimann-Fäth - VERDI / ehem. Personalrätin; Jürgen Rentz - GEW; Jörg Rode - Verdi (inkl. dju); Axel Rosenberg - Angestellter IT-Berater; Annegret Rübsam; Jakob Schäfer - IGM; Klaus Steup - GEW; Gerhard Strauch - Verdi; Charlotte Ullmann - GEW; Bernd Vogeler - GEW; Felicitas von der Burg - Ver.di-Landesfachbereichsvorstand, Bezirksvorstand Frankfurt; Ulrich Wilken - ver.di; Naim Yildirim*